

# Havanna diktiert die Wahrheit

Die Verschärfung der Lage in Cuba bekam die SZ schon zu spüren

Die Verschärfung der Repression in Cuba, wie sie sich in dem neuen „Gesetz zum Schutz der Unabhängigkeit und der Wirtschaft“ darstellt, ist nicht ohne Vorwarnung gekommen. Tatsächlich war die Entwicklung – vor allem wenn es um unliebsame Journalisten ging – schon vor Jahresfrist zu erkennen. Beispiel: Die Lateinamerika-Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung*, Eva Karnofsky.

Ihr wurde im Januar 1998 ohne Begründung die Einreise nach Cuba während des Papstbesuches verweigert. Am 12. März erscheint der Pressereferent der Bonner Botschaft, Gerardo Penalver Portal, in der SZ-Redaktion. Er wolle dieser Zeitung „raten“, einen anderen Journalisten für Cuba zu benennen, da Frau Karnofsky kein Visum mehr erhalten werde. Der Grund? Sie schreibe „aus verzerrter Sicht“. Keine weiteren Erläuterungen.

Die Antwort (per Brief vom 13. März): „Wir empfinden allein den Versuch Ihrer Einflußnahme als unakzeptabel. In der Geschichte der SZ hat noch kein Staat eine derartige Zumutung an uns herangetragen.“ Nach einer angemessenen Bedenkzeit gab diese Zeitung die Angelegenheit an das Auswärtige Amt (AA) weiter. Dieses hat sich mit großem Einsatz sowohl unter Klaus Kinkel als auch unter Joschka Fischer für die Pressefreiheit eingesetzt – bislang freilich vergebens. Die erste AA-Demarche erfolgte am 19. Juni, als der deutsche Botschafter in Havanna beim Abteilungsleiter Europa vorsprach. Doch Señor Gonzales gab vor, nichts zu wissen. Als die Causa Karnofsky dann beim Vize-Außenmi-

nister landete, hieß es, sie habe seit Jahren „absichtlich“ falsch über Cuba berichtet; freilich blieben die Belege wieder aus. Man werde das Einreiseverbot aufrechterhalten. Überdies wußten alle ausländischen Journalisten, welche „Grenzen“ ihrer Arbeit in Cuba gezogen seien. Nun wird der cubanische Gesandte am 7. Juli ins AA zitiert. Am 12. August wurde der Botschafter höchstselbst einbestellt. Dies half genausowenig wie ein Brief von Klaus Kinkel an seinen Kollegen in Havanna. Letzter Stand, nach einer Demarche von Joschka Fischer: Man werde die Sache „erneut überdenken“ und dem Minister schriftlich antworten. Das war Mitte Dezember.

Augenscheinlich scheint die Verstimmung auf höchster Ebene die Cubaner nicht zu stören. Das neue Gesetz, das „feindliche Propaganda“ mit Strafen von bis zu 20 Jahren ahnden will, richtete sich zwar nicht gegen ausländische Medien, könne aber jeden treffen, sagte Parlamentspräsident Ricardo Alarcon. Die Cubaner selbst sind offenbar von der neuen Repression überrascht worden, hatten doch selbst die Dissidenten eine Verbesserung der Menschenrechte sowie den Rückgang in der Zahl politischer Gefangener um ein Viertel im Vorjahr konstatiert.

Der cubanische Generalstaatsanwalt wiegelt ab: „Solange die Auslandskorrespondenten die Wahrheit sagen, werden sie keine Probleme haben.“ Ein Problem – siehe den Fall der SZ-Korrespondentin Karnofsky – haben sie freilich jetzt schon. Denn es ist der Staat, der bestimmt, was die Wahrheit ist.

*Josef Joffe*